

Auf dem Weg in den illiberalen Präventivstaat?

Zu den Grund- und Freiheitsrechten im Koalitionsabkommen

Claude Frentz

A child born today will grow up with no conception of privacy at all. They'll never know what it means to have a private moment to themselves an unrecorded, unanalysed thought. And that's a problem because privacy matters; privacy is what allows us to determine who we are and who we want to be. Edward Snowden, 25/12/13)

„ALMOST Orwellian“, urteilte am 16. Dezember letzten Jahres US-Distriktsrichter Richard J. Leon über die NSA-Überwachungsinfrastruktur und bemerkte gleichzeitig, dass die staatliche Vorratsdatenspeicherung aller Telekommunikationsdaten der gesamten Bevölkerung wohl nicht verfassungskonform sei.¹ Nach den Enthüllungen des früheren NSA-Mitarbeiters Edward Snowden wird einer breiteren Öffentlichkeit klar, dass längst an der anlass- und verdachtsunabhängigen Totalüberwachung der gesamten Bevölkerung gearbeitet wird. Im Unterschied zu Orwells Big Brother als Zentralfigur des Überwachungsstaates teilen sich diese Aufgaben heute zahlreiche Ableger des Großen Bruders, in Luxemburg sind es staatliche wie SREL und nationale Sicherheitsbehörde ANS² und private wie Skype³ und CSC⁴. Angesichts dieser dramatischen Ausgangslage wäre auf allen politischen Ebenen rasches und konsequentes politisches Handeln erforderlich, um ein Abgleiten in eine totale Kontroll- und Verbots-gesellschaft zu verhindern. Kann die neue Koalition diese politische Herkulesaufgabe bewältigen? Ein kritischer Blick in das Koalitionsabkommen läßt hieran größere Zweifel aufkommen.

„Neuer SREL“ mit Lizenz zum großen Lausch- und Spähangriff? Wer nun glaubt, dass die Tendenz hin zur Totalüberwachung noch nicht in Luxemburg angekommen sei, sollte vielleicht einen Blick in die

noch kurz vor den Neuwahlen eingebrachten Gesetzestexte zur Reform des Geheimdienstes SREL werfen. Das kürzlich deponierte Gesetzesprojekt zur Reform der parlamentarischen Geheimdienstkontrolle⁵ enthält eine Reihe an substanziellen Schwachstellen.⁶ Eine effektive Kontrolle des Geheimdienstes SREL wird de facto unmöglich. So heißt es nichtssagend zum Einsatz von Überwachungsmethoden, technischen Mitteln und dem konkreten Ablauf der Operationen⁷, dass dem SREL das Überwachungsrecht zusteht: „à l'aide des moyens techniques appropriés, toutes les formes de communication aux fins de permettre au Service de renseignement de s'acquitter des missions qui lui sont imparties.“ Bewusst unpräzise heißt es hierzu im Koalitionsabkommen: „Un cadre légal précis sera mis en place pour l'emploi des moyens opérationnels du service (S.10).“

Was sich konkret hinter diesen allgemein gehaltenen Formulierungen und Floskeln versteckt, verrät das von Jean-Claude Juncker vorgeschlagene großherzogliche Reglement⁸ bezüglich der elektronischen SREL-Dossiers (eRSN). Hier wird präzisiert, dass zur Erfassung persönlicher Details (Ausforschung der politischen Gesinnung und Meinungen, der Mitgliedschaft in Organisationen und sonstiger sozialer Kontakte, der Gewohnheiten, Lebensweise und Reputation, ...) nun auch biometrische Daten gesammelt und Fingerabdruck, Spracherkennung, Gesichtserkennung, Bewegungsbilder von Zielpersonen erstellt (Details über Reisen und Fortbewegung) und eine Total-Überwachung ihrer Telekommunikationen realisiert werden (Speicherung von Verbindungsdaten sowie Lokalisierung und Speicherung der Bewegungsdaten von Mobiltelefonen und deren

Das kürzlich deponierte Gesetzesprojekt zur Reform der parlamentarischen Geheimdienstkontrolle⁵ enthält eine Reihe an substanziellen Schwachstellen.

Claude Frentz ist Mitglied des Anti-Überwachungsnetzwerkes Freedom Not Fear Luxembourg.

Abhören durch IMSI-Catcher; Kontrolle und Speicherung des gesamten Internetverkehrs und „Knacken“ von Verschlüsselungssoftware). Dabei kann der Dienst mittlerweile auf eine umfangreiche Überwachungsinfrastruktur wie die verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung aller Telekommunikationsdaten und die zentralisierte Datei der biometrischen Pass- und Ausweisphotos der gesamten Bevölkerung zurückgreifen.

Sollte Junckers Text angenommen werden, könnte der bürgerrechtliche Albtraum einer totalen Vernetzung verschiedenster Überwachungsmethoden zu einem zentralisierten Big Brother-System schneller wahr werden als bisher befürchtet. Das datenschutzrechtliche Grundprinzip der strikten Trennung von verschiedenen Datenbanken und dem ausdrücklichen Verbot der Vernetzung von Überwachungssystemen wird so ausgehebelt.

Selbst der große Lausch- und Spähangriff, also das Überwachen von privaten Wohnungen und Gebäuden durch visuell-akustische Mikrokamerasysteme könnte nun durch die Hintertür legalisiert werden. Es wird sich also zeigen, wie die neuen Koalitionäre die aus bürgerrechtlicher Sicht zentrale Frage beantworten, ob „zur Unantastbarkeit der Menschenwürde die Anerkennung (...) eines absolut geschützten Kernbereichs privater Lebensgestaltung gehört.“⁴⁹

155,65 Millionen Euro für neue Gefängnismauern?

Als quasi letzte Amtshandlung verabschiedete die alte Regierung 9 Tage vor den vorgezogenen Neuwahlen den Gesetzesentwurf¹⁰ für den Bau des Untersuchungsgefängnisses in Sanem. Im Koalitionsabkommen wird zwar einerseits behauptet, dass Einsperren immer nur ein letztes Mittel sein dürfe, jedoch wird, koste es was es wolle, am Kuhhandel um den Bau eines Untersuchungsgefängnisses am – auf Grund der großen Distanz mit den Bezirksgerichten Luxemburg und Diekirch denkbar ungeeignetesten Standort – Uerschterhaff festgehalten (S.14).

Es ist eine traurige Tatsache, dass Luxemburg gemessen an seiner Einwohnerzahl, zu einem der Länder in Europa mit der höchsten Häftlingsquote zählt, und hierzulande im Vergleich zu anderen EU-Staaten, kleinere Delikte, vor allem im Bereich von Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz bzw. der damit verbundenen Beschaffungskriminalität stärker geahndet werden, während gleichzeitig kaum Alternativen zum Einsperren wie offener Vollzug, Opfer-Täterausgleich und soziale Arbeit als Wiedergutmachung angeboten werden. Studien¹¹ konnten auch belegen, dass Ausländer oft länger und schneller als Luxemburger inhaftiert werden. Die Rückfallquote ist besonders groß, da auch im Bereich der Resoziali-



Die Freedom Not Fear Demo in Luxemburg

sierung im Gefängnis vieles im Argen liegt und den aus der Haft Entlassenen aufgrund des chronischen Personalmangels im Bereich der psychosozialen Betreuung kaum Unterstützung gewährt wird.

Würden besonders auch auf der Ebene der gesetzlichen Rahmenbedingungen, etwa durch eine Entkriminalisierungspolitik im Bereich der Drogenpolitik und einer allgemeinen Entschärfung des Strafrechts, radikale Reformen vollzogen, bräuchten wir, wenn überhaupt, ein viel kleineres Untersuchungsgefängnis.

Gläserner Patient ab 2014? Der elektronische Speicherwahn geht weiter: Nach E-Pass und elektronischem Führerschein soll bereits ab 2014 über jeden Patienten ein elektronisches Dossier - euphemistisch als « dossier de soin partagé » (S.176) bezeichnet - mit persönlichen Gesundheitsdaten erstellt werden. So sollen nun erstmalig Daten über den Gesundheitszustand der Menschen zentralisiert und elektronisch gespeichert werden. Vorgesehen ist, dass in einem gigantischen Großcomputernetzwerk Krankengeschichte, Facharztberichte, Krankenhausberichte und andere persönliche Daten aller Patienten dauerhaft in zentralen Großrechnern gespeichert werden. Bereits jetzt ist es undank der Vorratsdatenspeicher aller Telekommunikationsdaten für 6 Monate möglich geworden, Verbindungsdaten und Gespräche zwischen Ärzten und Patienten aufzuzeichnen. Wie soll so die Vertraulichkeit der Arzt-Patientenbeziehung erhalten bleiben?

Gläserner Autofahrer ab 2015? Das Koalitionsabkommen sieht die rasche Installation von festinstallierten Radarsystemen (S.65) zur Geschwindigkeits-

[...] es geht in erster Linie darum Arme, Obdachlose, Drogenabhängige und andere das bürgerliche Konsumklima störende Randgruppen aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben.

kontrolle vor. Dabei wird jedoch nicht über die Zahl der Anlagen bzw. deren technische Eigenschaften informiert. Aber gerade diese Aspekte sind zentral, um die datenschutzrechtlichen Folgen abschätzen zu können.

In diesem Zusammenhang ist es auch bezeichnend, dass die ab 2015 geplante europaweite Einführung des automatischen Notrufsystems e-Call - das nach dem Willen der EU-Kommission obligatorisch in alle neuen Pkw und Nutzfahrzeuge eingebaut werden soll und permanent per Telemetriedaten die genaue Lokalisierung des Fahrzeugs ermöglicht - im Koalitionsabkommen nicht kommentiert und somit kritiklos hingenommen wird. Hier könnte sich die neue Regierung durchaus ein Beispiel am deutschen Bundesrat nehmen, der sich zwischenzeitlich mit dieser Initiative der EU-Kommission befasst und in einer im September letzten Jahres veröffentlichten Stellungnahme insbesondere datenschutzrechtliche Bedenken in Bezug auf e-Call angemeldet hat. Der Bundesrat sehe aufgrund der verpflichtenden Nutzung des Systems den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt.

Kontrollierte Urbanität? Im Vorfeld der vorgezogenen Neuwahlen überboten sich PolitikerInnen verschiedenster Couleur in der Forderung nach Platzverboten und der Ausweitung der Kompetenzen der „agents municipaux“ auf die Sanktionierung „unsozialen Verhaltens“ wie etwa Bettelei oder das Urinieren im öffentlichen Raum. Letzterer Punkt wurde nun in das Koalitionsabkommen aufgenommen, ohne allerdings klar festzulegen, wie diese Kompetenzerweiterung konkret aussehen soll.

Dabei ging und geht es in erster Linie darum Arme, Obdachlose, Drogenabhängige und andere das bürgerliche Konsumklima störende Randgruppen aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben. So wird jedoch nicht auf die Ursachen „unsozialen“ Verhaltens eingegangen: Obdachlosigkeit, Arbeits- und Perspektivlosigkeit.

Diese Bemühungen dürften den Prozess der gesellschaftlichen Spaltung „in schützenswerte, anständige Konsumbürger auf der einen und störende Bürger minderen Rechts auf der anderen Seite“ noch weiter beschleunigen, wie der mittlerweile auch in Luxemburg bekannte Bürgerrechtler Dr. Rolf Gössner unterstreicht. „Es ist der (untaugliche) Versuch, die Auswirkungen der Zwei-Drittel-Gesellschaft, einer verfehlten Sozial- und Jugendpolitik, von rigorosem Sozialstaatsabbau und sozialer Desintegration auf unterster kommunaler Ebene (...) zu bewältigen und zu verdrängen.“¹²

Ein Ja zu EU- Killer- und Überwachungsdrohnen?

Kostenlose Lippenbekenntnisse genügen nicht mehr angesichts der dramatischen Notlage, in der sich die Grund- und Freiheitsrechte heute befinden. In Wirklichkeit befindet sich die DP/LSAP/GRENG-Koalition weiter auf dem „sicheren Wee“ und Zweifel sind angebracht, ob sie ihn wirklich verlassen will. Die neue Regierung war sich noch nicht einmal zu schade, knallharten Lobbyismus für die stark wachsende Luxemburger Sicherheitsindustrie zu betreiben. Dies demonstrierte, von den hiesigen Massenmedien weitgehend ignoriert, Premier Xavier Bettel anlässlich seines ersten Auftritts auf europäischem Parkett Ende Dezember in Brüssel. Hier gab er prompt, ohne jegliche parlamentarische oder öffentliche Debatte, sein Ja zum neuen Killer- und Überwachungsdrohnenprogramm der EU und segnete dabei auch die verstärkte militärische Nutzung von Satelliten der Militärmacht EU ab. Die Aktionäre des, im Koalitionsabkommen über den grünen Klee gelobten, Satellitenbetreibers SES wird es gefreut haben. Die bürgerrechtliche Fassade der neuen Regierung hat allerdings bei dieser Aktion erste Risse bekommen und mit dieser Haltung zu den Killer- und Überwachungsdrohnen der EU könnte ein Fanal für die weitere Entwicklung gesetzt worden sein ... ♦

1 Gellman Barton, Edward Snowden, after months of NSA revelations, says his mission's accomplished, in :

2 *Washington Post*, 25/12/13

3 Wort.lu: Ministerrat. Geheimdienst darf Daten sammeln: www.wort.lu/de/view/ministerrat-geheimdienst-darf-daten-sammeln-51f29ceae4b0d1da298792d9

4 Ryan Gallagher, Skype under investigation in Luxembourg over link to NSA, *the Guardian*, 11.10.2013

5 Tageblatt.lu: US-Soionagefirma in Luxemburg aktiv: www.tageblatt.lu/nachrichten/story/27871114

6 Proposition de loi numéro 6589 « modifiant la loi du 15 juin 2004 portant organisation du Service de renseignement de l'Etat et de l'article 88-3 du Code d'instruction criminelle »

7 ebd. und vgl. Luc Caregari, Back Doors, in: *Woxx*, Nr 1248 woxx, 1.2.2014. |

8 www.gouvernement.lu/3322796/Programme-gouvernemental.pdf

9 Avant-projet de règlement grand-ducal portant création et fixant les modalités de fonctionnement d'un fichier relatif au traitement de données à caractère personnel par le service de renseignement de l'Etat - volet Renseignement

10 Zitiert aus dem Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts zum Großen Lauschangriff vom 3. März 2004

11 www.tageblatt.lu/nachrichten/luxemburg/story/155-65-Millionen-Euro-f-r-neue-Haftanstalt-21049230

12 *Foreigners in European Prisons*, Anton van Kalmthout, Femke Hosteen-van der Meulen und Frieder Dünkel (Hsg.), chapter 17: Luxembourg, by Stefan Braum, 2007